

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

29. April 1949

Blatt 456

Keine Feuerwehrgeräte für Propagandazwecke =====

Der Bürgermeister hat verfügt, daß Geräte der Wiener Feuerwehr für Propagandazwecke nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen, da die Feuerwehrgeräte ausschließlich für Hilfsdienste bestimmt sind.

Holländische Gäste im Rathaus =====

Bürgermeister Dr.h.c. Körner empfing heute vormittag 25 holländische Gewerkschaftsfunktionäre, die auf Einladung des Gewerkschaftsbundes zu einem zweiwöchigen Aufenthalt nach Österreich gekommen sind. Der Bürgermeister unterrichtete die Gäste über die seit Kriegsende in Wien bewältigte Aufbauarbeit und benützte zugleich auch die Gelegenheit, um den holländischen Freunden für ihre Hilfe in den ersten Nachkriegsjahren im Namen der Stadt Wien zu danken. Die Besucher überreichten dann dem Bürgermeister einen schönen Tulpenstrauß. Nach dem Empfang besichtigten sie die Prunkräume des Rathauses und die Ausstellung "Illustrierte Gedenktage".

Autobusverkehr Grinzing-Kobenzl =====

Ab Sonntag, den 1. Mai, wird zunächst nur an Sonn- und Feiertagen ein Autobusverkehr von Grinzing (Endstation 38) auf den Kobenzl (Meierei) eingerichtet. Es werden Fahrten ab Grinzing um 8, 12, 14, 16, 18 und 20 Uhr stattfinden. Je nach Bedarf wird der Verkehr verstärkt. Der Fahrpreis beträgt in jeder Fahrtrichtung 1.70 Schilling.

53/2 Landesernährungsamt Wien **Lebensmittelaufruf** für die Woche vom 2.5. bis 8.5.1949

Ver-rechn. Nr.	Lebensmittel	Normalkarten					Zusatzkarten													
		K1st	K1k	K	Jgd	E	Sst	S	A	Jgd/z	M									
		0-3	3-6	6-12	12-18	üb. 18	Schwerst	Schwerarb	Arbeiter	Jgd-Zusatz	% Müller									
		Menge	Übs	Menge	Übs	Menge	Übs	Menge	Übs	Menge	Übs	Menge	Übs	Menge	Übs					
12	Brot	g		500	1/4	500	1/4	500	1/4	500	1/4	1650	11	1300	11	400	11			
	--	"				500	1/2	500	1/2	500	1/2									
	a -- (Brotkleinabs. 2.W.)	"				200	4st	300	6st	300	6st									
12	b Weißgebäck (Gebäckkleinabs. 2.W.)	"	450	9st	450	9st	450	9st	900	18st	900	18st								
12	Weißes Kochmehl	"	150	1/3	300	1/3	300	1/3	450	1/3	450	1/3								
24	c Frischfleisch	"	100	4	150	4	150	4	100	4	100	4								
	-- (Reisckleinabs. 2.W.)	"			50	1st	50	1st	100	2st	100	2st								
	c Kabeljau	"			150	6	300	6	300	6										
23	c Schmalz	"			170	5	250	5	250	5	120	13	50	13				50	13	
	-- (Fettkleinabs. 2.W.)	"			30	6st	50	10st	50	10st										
11	c d Butter	"	125	5	160	5														
	-- (Fettkleinabs. 2.W.)	"			30	6st														
5	c e Weißes Kochmehl	"			280	23	300	23	200	23	330	23	440	14	370	14	70	14	200	14
	c Haferflocken (Nährmittelausschnitt)	"	120	23	100	11	100	11												
	Hülsenfrüchte (-- --)	"						100	11	100	11	250	17	250	17	250	17			
8	c f Trockenei	"			40	24	40	24	40	24	40	24								
	g Kindernährmittel od. Weisengrieß	"	X																	
3	h Zucker	"	320	20	320	20	320	20	320	20								X	100	18
6	Speisetopfen (MILCHKARTE)	"					100	W												
7	Schmelzkäse	"									250	18	187	5	18					
26	Reisckonserven	"									150	12	150	12	170	12			100	12
1	Frischmilch täglich	l	3/4		1/2														1/2	
3	Magermilch pro Woche	"						6/8	2/8											
	i Kartoffeln (KARTOFFELKARTE 48/55)	g	700	53/11	1400	53/11	1400	53/11	1400	53/11	1400	53/11	700	20	700	20	700	20		
TAGESKALORIENDURCHSCHNITT			1211	1565	1921	2102	2101	3368	3098	2505	2202	2617								

- a) Auf die Brotkleinabschnitte (mit schwarzen Zeichen) darf kein Weißgebäck abgegeben werden!
- b) An Stelle von 9 (18) Stück können 10 (20) Stück Schwarzgebäck oder 500 g (1000 g) Schwarzbrot bezogen werden
- c) Abschnitte 4,5,6,23 und 24 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
- d) Bezugsabschnitte für Butter müssen abgetrennt und verrechnet werden!
- e) An Stelle von Nahrungsmitteln, daher Ausgabe nach der Nahrungsmittelrayonierung
- f) Ausgabe nach der Ölrasyonierung
- g) In der Vorwoche für zwei Woche aufgerufen
- h) Für werktätige Jugendliche bereits aufgerufen
- i) Für Einlagerer bereits aufgerufen
- *) Abschnitte sind zu entwerten, alle übrigen abzutrennen!

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

Bürgermeister Dr.h.c. Körner eröffnete die heutige Sitzung des Gemeinderates um 11.10 Uhr. Im Einlauf befanden sich zwei Anträge von Gemeinderäten der ÖVP, betreffend die Einrichtung einer Autobuslinie auf dem Schafberg und den Umbau der Markthalle in der Stadiongasse in ein Bürogebäude der Gemeindeverwaltung. Ein Antrag der Kommunistischen Fraktion bezieht sich auf die Benachteiligung der Wiener Bevölkerung in der Versorgung mit Frischfleisch. Ein weiterer Antrag fordert die Erhöhung des Handgeldes für die Pfléglinge der Altersheime der Stadt Wien.

Schließlich lagen fünf Anfragen von kommunistischen Gemeinderatsmitgliedern vor, die folgende Gegenstände betreffen: Die Beschaffung von Baugrundstücken zur Ermöglichung des sozialen Wohnungsbaues, die Erlassung eines Kolonialstatus durch die USA-Besatzungsmacht, die Frage des Rauchverbotes in Straßenbahnen und Stadtbahnen, die Mehrgebühren an Strom im letzten Winter sowie die Kürzung der Fürsorgeunterstützungen von Sozialrentnern.

Alle Anträge und Anfragen wurden der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

An Stelle des Gemeinderates Winter (SPÖ), der seine Funktion im Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien zurückgelegt hat, wurde Gemeinderat Johann Franz (SPÖ) gewählt.

Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Antrag des Amtsführenden Stadtrates für das Finanzwesen auf Genehmigung der im 4. periodischen Bericht aus 1948 enthaltenen Kreditüberschreitungen in den Jahren 1947 und 1948. Berichterstatter Stadtrat Resch (SPÖ) führt dazu aus, daß diese Überschreitungen für 1947 1,242.650 Schilling betragen, so daß sich mit den bereits genehmigten Überschreitungen für dieses Jahr eine Gesamtüberschreitung von 189,394.155 Schilling ergibt. Davon ist aber nur eine Post, Baustoffbeschaffung, mit 30.000 Schilling als echte Überschreitung anzusehen.

Für 1948 sind insgesamt 134 Posten angeführt, die eine Überschreitung im Rahmen des vorliegenden periodischen Berichtes von 68,358.660 Schilling ergeben. Zusammen mit den bereits vom Gemeinderat genehmigten Überschreitungen beträgt das Mehrerfordernis für 1948 130,410.720 Schilling. Auch hier findet die

Mehrzahl der Fälle durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben anderer Rubriken ihre Deckung. Echte Überschreitungen sind nur bei elf Posten mit einer Summe von 2,763.000 Schilling zu verzeichnen, die auf unvorhergesehene Ausgaben zurückzuführen sind.

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) sieht das Budgetrecht des Gemeinderates dadurch beeinträchtigt, daß für bestimmte Verwaltungsgruppen vorgesehene Beträge für andere Verwaltungsgruppen verwendet werden. So wurden 9 Millionen Schilling, die für den sozialen Wohnhausbau bestimmt waren, und 1 Million, die für Renovierungen von Schulen vorgesehen war, von anderen Verwaltungsgruppen verbraucht. Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß die vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Verwendungszwecke eingehalten werden.

Stadtrat Resch erklärt demgegenüber, daß nur sachliche Erwägungen Anlaß zu solchen Verschiebungen seien. Bei der Verwendung der 9 Millionen sei es eine rein bautechnische Überlegung gewesen, welcher Betrag für die Errichtung von Neubauten, bzw. für die Behebung von Kriegsschäden Verwendung finden solle. Maßgebend sei es dabei, der Bevölkerung möglichst viele Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Der Kredit zur Wiederherstellung von Schulen sei im Verhältnis zu dem Kredit für die Einrichtung der Schulen zu groß gewesen, so daß man die neuen Klassen nicht hätte einrichten können. Dadurch sei die anderweitige Verwendung dieses Betrages von einer Million zu erklären. Durch die verfassungsmäßige Vorlage der Zuschußkredite werde das Budgetrecht des Gemeinderates voll gewahrt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Errichtung einer Wohnhausanlage, nahm Stadtrat Novy in seinem Referat zum Anlaß, um über die Bautätigkeit der Stadt Wien zu sprechen. Er stellte fest, daß sich der Gemeinderat schon oft mit einer ganzen Reihe von Bauvorhaben beschäftigt habe. Dies zeigt, daß die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, nicht nur bestrebt ist, ein Programm aufzustellen, sondern es auch nach den Möglichkeiten des vorhandenen Baumaterials und der Arbeitskräfte durchzuführen.

Das Bauprogramm des Jahres 1948 wird in wenigen Wochen vollendet sein. Damit hat die Stadt Wien das Versprechen erfüllt, das sie den Wienern gegeben hat. Auch die Bauvorhaben für das Jahr 1949 werden so rasch als möglich durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Der Antrag, über den Stadtrat Novy referierte, beschäftigte sich mit der Errichtung einer Wohnhausanlage mit 76 Wohnungen im 12. Bezirk, Hohenbergstraße - Aichholzgasse, auf gemeindeeigenen Grundstücken. Die Kosten für die Anlage, die 76 Wohnungen vorsieht, werden ungefähr 5,400.000 Schilling betragen, von denen noch heuer 3 Millionen verwendet werden.

Außerdem genehmigte der Gemeinderat nachträglich den Bau einer Wohnhausanlage mit 21 Wohnungen im 14. Bezirk (Hochsatzengasse - Baumgartenstraße), einer Anlage mit 22 Wohnungen im 13. Bezirk (Seelosgasse - Wilhelm Leibl-Gasse), sowie den Bau der Volksschule in Siebenhirten im 25. Bezirk.

In der Debatte sprach als erster Redner GR. Ing. Witzmann (SPÖ). Er beschäftigte sich zunächst mit der Stagnation im Baugewerbe, die sich in der letzten Zeit gezeigt hat. Der Redner bezeichnete als Ursachen dafür, erstens die finanzielle Lage des Bundes, durch die verschiedene Bauten eingestellt oder das Bautempo bedeutend verlangsamt werden mußte. Ein zweiter Grund ist durch die zögernde Haltung der privaten Bauherren gegenüber der Hilfe durch den Wiederaufbaufonds gegeben. Diese Erscheinung hat sich erst in der letzten Zeit etwas gebessert. Die dritte Ursache liegt in der allgemeinen politischen Situation, in der sich Österreich befindet. Viele Bauwerber warten daher darauf, bis sich durch den Staatsvertrag die Lage gebessert hat. Als einzige positive Erscheinung bezeichnete GR. Ing. Witzmann die Bautätigkeit der Stadt Wien, die durch die vorausblickende Finanzgebarung ermöglicht wurde.

Der Redner stellte weiter fest, daß es heute eine Freude sei, Mitglied des Bauausschusses zu sein. In jeder Sitzung sind es weit mehr als hundert Geschäftsstücke, die sich mit Lieferungen und Leistungen befassen. Nur eines ist befremdend, daß unter ihnen solche sind, die die Lieferung von Baustoffen aus Kärnten und Steiermark, ja sogar aus Ungarn, vorsehen. Man fragt sich, ob es notwendig ist, Baustoffe sogar aus dem Ausland zu beziehen. Leider ist es das, denn die Versprechungen, die seinerzeit bei der Freigabe der Baustoffe gemacht wurden, sind alle nicht eingehalten worden. (Rufe: Hört! Hört! bei der SPÖ). Es ist derzeit unmöglich, Ziegel auf dem freien Markt zu bekommen. Das gilt auch für Holz, Eisen, und sogar Zement. Auf dem Gebiet der Baustoff-

versorgung ist ein chaotischer Zustand eingetreten, weil wieder einmal nur um des Prinzips der freien Wirtschaft willen gegen alle sachlichen Bedenken, die Bewirtschaftung von Baustoffen zu einem Zeitpunkt aufgehoben wurde, als die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren.

GR. Ing. Witzmann nahm dann zu einem Antrag von GR. Prutscher (ÖVP) Stellung, den dieser vor einiger Zeit im Gemeinderat gestellt hat. Der Antrag sah damals vor, 60 Millionen Schilling für eine private Bautätigkeit abzugeben. Der Redner stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob, wenn es der Stadt Wien nicht gelingt, Baustoffe aus Wien und Niederösterreich herbeizuschaffen, die privaten Bauwerber dies erreichen können. Die Erfüllung des Antrages von GR. Prutscher würde also eine wesentliche Verteuerung der Bautätigkeit bedeuten.

Am Schluß seiner Ausführungen gab Ing. Witzmann seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Weg des sozialen Wohnhausbaues, den die Sozialistische Partei eingeschlagen hat, der einzig richtige ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) bemängelte die Langsamkeit mit der das zur Beratung seines Antrages eingesetzte Expertenkomitee an die Arbeit gehe. Er ersucht den zuständigen Stadtrat, den Zusammentritt dieses Komitees zu beschleunigen und die vorhandenen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit zu überwinden. An dieser Wohnhausbauaktion seien vor allem die Arbeiter und Angestellten interessiert. 70 Prozent derjenigen, die auf diesem Wege zu einer Wohnung kommen und sparen wollen, sind Facharbeiter.

Stadtrat Novy besprach im einzelnen die Lage des Baugewerbes. Es gibt heute eine Reihe von Bauunternehmungen, die nicht voll beschäftigt sind; zu Anfang dieses Jahres hat es eine Anzahl von arbeitslosen Bauarbeitern gegeben. Die Gemeinde Wien hat aber in Voraussicht dieser Entwicklung ihr Budget 1949 gegenüber 1948 stark geändert. Während im Vorjahre für den sozialen Wohnhausbau 92 Millionen vorgesehen waren, von denen jedoch nur 47 Millionen für den präliminierten Zweck verwendet werden konnten, soll im Jahr 1949 ein Betrag von 172,5 Millionen für den sozialen Wohnhausbau verausgabt werden, von dem, im Gegensatz zum Vorjahre, weder für Kriegsschadenbehebung noch für sonstige Budgetposten Beträge abgezweigt werden müssen. Eine solche Abzweigung

erübrigt sich, da für die Kriegsschadenbehebung allein ein Betrag von 48 Millionen eingesetzt ist und die Gemeinde Wien rechtzeitig die Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds in Anspruch genommen hat. In den Saisonmonaten wird es daher heuer in Wien trotz Einstellung der Bautätigkeit des Bundes im Baugewerbe keinen arbeitslosen Facharbeiter geben.

Stadtrat Novy geht sodann auf die Frage der Beschaffung der Baumaterialien, insbesondere der Mauerziegel ein, die durch die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Bestrebungen der Vertreter der freien Wirtschaft besonders erschwert ist. (Dabei wird er wiederholt durch lebhaftere Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Gemeinderäte und Gegenrufe seiner Parteigenossen unterbrochen.) Die Gemeinde Wien habe im Jahre 1948 rechtzeitig ihren Bedarf an Mauerziegeln eingedeckt und werde es auch heuer tun. Bei einem Bedarf von 60 Millionen Stück für 1949 habe sie sich bis Ende April bereits mit rund 52 Millionen Stück eingedeckt. Auf den Zwischenruf des GR. Schweiger, was mit der Fertigstellung des Bauprogramms der Gemeinde Wien von 2000 Wohnungen sei, erklärt der Stadtrat: Die 2000 Wohnungen des Bauprogramms 1949 werden in den nächsten Wochen fertig und bezogen werden. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Wir bemerken in der letzten Zeit, daß durch die Reihen der ÖVP in Anbetracht der kommenden Wahlen eine gewisse Nervosität geht. Diese zeigt, daß sie sich nicht so sicher fühlt, wie sie heute tut. Wir sind nicht nervös, sondern sind uns klar darüber, daß die Wiener Bevölkerung sieht und anerkennt, was von der Mehrheit dieses Hauses geschaffen worden ist. (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.) Die Möglichkeit, den Antrag des Gemeinderates Dr. Prutscher für das heurige Jahr durchzuführen, war von vornherein nicht gegeben. Die Gemeinde hätte den sozialen Wohnhausbau einstellen müssen. Für die Inangriffnahme der genossenschaftlichen Bauweise sind zunächst prinzipielle Entscheidungen notwendig. Es müssen Berechnungen erstellt werden und es muß eine Aussprache mit den Siedlerverbänden erfolgen. Seit Jahrzehnten hat der soziale Wohnhausbau den Zweck gehabt, gesunde, lichte, sonnige Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt zu schaffen.

Mit dieser Methode werden wir auch weiter der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt den meisten Wohnraum schaffen können. Der vom Gemeinderat Dr. Prutscher gezeigte Weg, mit 60 Millionen Schilling Eigenkapital und 60 Millionen Zuschuß der Gemeinde 2.000 Wohnungen zu bauen, bedeutet aber, daß der private Bauwerber außer dem Grund noch 30.000 Schilling Eigenkapital haben muß. Wo sind die Arbeiter, Angestellten, und kleinen Gewerbetreibenden, die über dieses Eigenkapital verfügen? (Gemeinderat Dr. Prutscher: Den Weg dazu hätte das Expertenkomitee gefunden!) Die große Masse würde ausgeschlossen sein. Dazu wird die Mehrheit des Gemeinderates nicht ihre Hand geben. Ob wir heute genossenschaftlich bauen können, hängt auch von den Siedlerverbänden ab. Die Gemeinde wird weder finanziell, noch moralisch, noch in der Frage der Grundstücke ein Hindernis in den Weg legen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten).

Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dr. Freund berichtete sodann über die Säuglingswäsche-Paketaktion. Er stellt fest, daß es schon im Herbst 1947 möglich war, in bescheidenem Rahmen mit einer solchen Aktion zu beginnen. Nunmehr soll für jeden Säugling ein Wäschepaket verabfolgt werden. Die Beteiligung soll nicht an die Erhebung der Einkommensverhältnisse der Eltern gebunden sein. Als wichtige hygienische Maßnahme ist es eine Voraussetzung zur Vergebung des Wäschepaketes, daß sich die Mütter im dritten Schwangerschaftsmonat beim Gesundheitsamt melden und dabei eine Wassermannreaktion an sich vornehmen lassen. Dies geschieht insbesondere, um die bisher unerkannt gebliebenen Fälle von Syphilis feststellen und erfolgreich behandeln zu können. Dadurch soll verhindert werden, daß luetische Kinder zur Welt kommen. Das Gesundheitsamt will die Zahl der Pakete von 500 auf zirka 1.900 im Monat steigern. Dies bedingt ein Mehrerfordernis von 1,456.000 Schilling für 1949.

Für die ÖVP sprach Frau GR. Prof. Hiltl. Unter Hinweis auf einen am 27. April in der "Arbeiter-Zeitung" unter der Überschrift: "Geschenk der Gemeinde Wien an alle werdenden Mütter" erschienenen Artikel vertrat sie die grundsätzliche Auffassung, daß Fürsorge- und Wohlfahrtsinstitutionen keine

Geschenke zu vergeben haben. Es ist vielmehr die notwendige Pflicht der Fürsorgeinstitutionen, die Armen und Bedürftigen nach besten Kräften zu unterstützen.

Wenn jetzt Wäschepakete an die werdenden Mütter gegeben werden, so sei das mit der größten Freude zu begrüßen, vor allem weil nicht nur ein kleiner Teil der Befürsorgten sondern ein größerer Kreis die Pakete bekommen werden.

Unbegreiflich erscheint es aber, daß man jetzt jeder werdenden Mutter ein Säuglingswäschepaket gibt. (Zwischerruf bei der SPÖ: Sie muß es ja nicht nehmen!) Man braucht nur in das Volk hineinzuhören, was es dazu sagen wird. Das Volk wird erkennen, wer für die Wiener Mütter einsteht: die ÖVP oder die SPÖ. Gelschter in den Bänken der SPÖ.) Unser Grundsatz ist, dem kleinen Mann und der kleinen Frau zu helfen, die es notwendig haben und nicht denen, die sich ihre Säuglingswäsche leicht selbst beschaffen können.

Die Sorge der Mütter geht ja weiter als bis zum ersten Jahr. Es gibt so viele Mütter, die ihre Kinder nicht auf Ferien schicken können, weil sie zu wenig Einkommen haben. Es berührt einem auch sehr merkwürdig, wenn man die finanzielle Lage der Stadt Wien kennt und wenn Stadtrat Dr. Freund in etlichen Sitzungen immer wieder sein Leid geklagt hat, wie schwer es ist, alle die Pflichten zu erfüllen, die er als verantwortungsbewußter Stadtrat ernst nimmt.

Die Rednerin ging dann auf die mannigfaltigen Aufgaben der Fürsorge ein und griff als Beispiel die Fürsorgerentner heraus. Der schon vor Monaten gestellte Antrag der ÖVP auf eine Erhöhung der Fürsorgerenten von 107 auf 133 Schilling wurde bis heute nicht bewilligt. Die Rednerin betonte, wenn auf der einen Seite nicht genug Geld vorhanden ist, um den alten Menschen das wenige zu geben, dann habe die Stadt Wien nicht das Recht, den reichen Leuten ein Paket zu schenken. (Bravo-Rufe bei der ÖVP.) Es sei verwunderlich, daß in der Zeit, in der es noch so viel Not und Armut gibt, die Gemeinde Wien hergeht und Geschenke macht. Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, daß der Kreis der Befürsorgten größer werden kann. Aber wir sind der Meinung, daß es besser wäre, ein besser ausgestattetes Säuglingswäschepaket zur Verfügung zu stellen.

Die Rednerin ging dann auf die verschiedenen Argumente des Referenten kurz ein. Sie bezeichnete es als begrüßenswert, mit der Pakeausgabe ein Mittel zu haben, um den Gesundheitszustand der Mütter zu überprüfen, stellte sich aber auch hier dagegen, dies mit einem Geschenk zu verbinden. Sie gab ferner zu bedenken, daß aus diesem Grund wahrscheinlich viele das Paket nicht beanspruchen würden. Genau so leicht aber wie man den Nachweis der Staatsbürgerschaft und der Wassermannprobe erbringen kann, ebenso leicht kann die betreffende Frau auch den Gehaltszettel hinlegen und dadurch ihr Einkommen bestätigen. Wenn man aber den Hintergedanken hat, fuhr die Rednerin fort, daß sich die Reichen das Paket ohnehin nicht abholen werden, dann sei unbegreiflich, warum das nicht offen gesagt wird. (Zwischenruf bei der SPÖ: Weil die Sozialistische Partei keine Klassenunterschiede kennt!)

Sodann verlas GR. Hiltl einen Antrag, die Grenze des Familieneinkommens bis zu der eine Beteiligung mit einem Säuglingswäschepaket erfolgen dürfe, von 600 auf 1000 Schilling und je Kind zusätzlich um 100 Schilling zu erhöhen. Die Ausstattung der Pakete soll ferner durch 1 Badetuch, 1 Nabelbinde und 5 Windeln vermehrt werden.

GR. Steinhardt (KPÖ) begrüßt namens seiner Fraktion den Antrag des Stadtrates Dr. Freund als eine äußerst wünschenswerte soziale Maßnahme. Er entgegnet vorerst der Gemeinderätin Hiltl, die nunmehr selbst einen Antrag einbringe, während ihre Fraktion seinerzeit gegen einen gleichartigen Antrag der kommunistischen Fraktion gestimmt hat. Schuld an den unsozialen Zuständen im Lande seien in erster Linie die Vertreter der ÖVP. (Widerspruch und Heiterkeit bei der ÖVP.) Die Säuglingswäschepakete seien nur ein Teil dessen, was an sozialer Betreuung die öffentliche Hand dem einzelnen zu leisten verpflichtet sei. Es gäbe bereits Länder, wo diese Frage von Geschenken oder Unterstützungen nicht auf der Tagesordnung steht, weil der Staat von vorneherein die entsprechende Vorsorge treffe. Redner wendet sich im besonderen gegen die Bedingungen, die an die Ausgabe des Wäschepaketes gebunden sind, und erörtert im einzelnen das Problem der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Er stellt den Antrag, alle Maßnahmen zu erwägen, um die Bekämpfung der Ge-

schlechtskrankheiten, die Behandlung und Heilung der Kranken sowie die möglichste Verhinderung der Weiterverbreitung und Ansteckung zu sichern. Die notwendigen Einrichtungen sollten ehestens geplant, und soweit gesetzliche Maßnahmen notwendig sind, entsprechende Vorschläge seitens der Stadt Wien erstattet werden, um diese im Interesse der gesamten Bevölkerung in kurzer Zeit verwirklichen zu können.

Frau GR. Lehner (SPÖ) erblickt darin, daß die Mütter veranlaßt werden sollen, sich schon im dritten Monat der Schwangerschaft untersuchen zu lassen, einen großen Fortschritt, weil durch das rechtzeitige Erkennen der Krankheit nicht nur die Mutter sondern auch das zu erwartende Kind gerettet wird. Ein luetisches Kind ist eine Plage für das ganze Volk und fällt schließlich der Opferfürsorge des Staates zur Last.

Den Ausführungen der GR. Hiltl entgegnet die Rednerin, daß das Stigma der Unbemitteltheit nicht schon beim Akt der Geburt zur Geltung kommen soll. Eine gleiche Behandlung aller Mütter wäre nicht zuletzt ein Akt des "Solidarismus", der von der Gegenseite immer gepredigt wird. "Machen Sie"; schließt die Rednerin, "dieses Geschenk nicht zu einer erniedrigenden Gebärde!" (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort bedauert es Stadtrat Dr. Freund, daß ein Mitglied des Wohlfahrtsausschusses sich gegen eine Erweiterung der Wohlfahrtspflege ausspricht, die bisher immer überparteilich geführt wurde. Besonders zu bedauern sei, daß gerade eine Frau in Verkennung von psychologischen Grundtatsachen Einspruch gegen etwas erhebt, was selbstverständlich sein sollte. Man möge unseren Frauen und Müttern in dieser von vielen Sorgen geplagten Zeit wenigstens mit fürsorgerechtlichen Erhebungen verschonen.

Mit dem Fürsorgewesen war es in unserer Stadt nicht immer so wie jetzt. Als die jetzige Minderheit die Mehrheit im Hause hatte, hat es nur eine klägliche Armenfürsorgehilfe gegeben, die ihren Ausbruck in der Bettelsuppe der Klöster fand. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten. - Widerspruch bei der Volkspartei.)

Erst Prof. Dr. Tandler hat dieses Wohlfahrtswesen Stück für Stück unter dem höhennenden Zuruf der "Fürsorgeinflation" geschaffen und zu Ende geführt. Heute wirft eine in der Fürsorge nicht unerfahrene Frau dem Stadtrat Geschenkexzesse vor. Keine schwangere Frau wird es als Exzess betrachten, daß wir ihr Kind ohne Unterschied der Einkommensgrenze eines Säuglingswäschepaketes für bedürftig halten.

Dem Vorwurf, daß die Kinder wahllos beteiligt werden, entgegnet Stadtrat Dr. Freund, daß sich die Fürsorge der Kinder zu seiner großen Freude wirklich ausgleichend und wahllos entwickle. Wir wollen, daß das Kind des Hilfsarbeiters neben dem Kind des Fabrikdirektors sitzt und daß dadurch schon gewisse Vorurteile auf beiden Seiten von Anfang an beseitigt werden. Das Schönste in der Fürsorge ist die Kinderfürsorge. Man muß sie um der Fürsorge und um seines geliebten Volkes wegen betreiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.) Die Gemeinde Wien hat auf diesem Gebiete keinen Vergleich mit der ganzen übrigen Welt, auch nicht mit den reichsten Ländern des Westens zu scheuen.

Zu den Ausführungen des GR. Steinhardt erklärt der Berichterstatter, daß auch den Beamten die Verschwiegenheit von Privatangelegenheiten zur Amtspflicht gemacht werden kann. Die Volksaufklärung ist aber schon so weit, daß luetische Frauen nicht als Ausgestoßene sondern als Kranke betrachtet werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird nach Ablehnung des Antrages Hiltl der Antrag des Berichterstatters gegen die Stimmen der ÖVP angenommen. Der Antrag Steinhardt wird dem zuständigen Ausschuß zur Behandlung zugewiesen.

Ende der öffentlichen Sitzung um 13.30 Uhr.

Geehrte Redaktion!

=====

Morgen Samstag, um 10 Uhr vormittag, findet eine Pressebesichtigung der ausgestellten Wettbewerbsarbeiten "Platzwandgestaltung der Westseite des Stephans- und des Stock im Eisenplatzes zwischen Graben und Brandstätte" im Wiener Rathaus statt. Zugang Feststiege II, 1. Stock, Nordbüffet.

Sie werden gebeten, einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zu entsenden.

Die Ausstellung wird vom 2. bis einschließlich 10. Mai täglich von 10 bis 18 Uhr allgemein bei freiem Eintritt zugänglich sein.

Der Wiener Fremdenverkehr im März

=====

Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im März 1949. Darnach wurden insgesamt 70.658 Übernachtungen gezählt. Insgesamt hielten sich 4.325 Ausländer und 17.075 Gäste aus den Bundesländern in Wien auf. Auch diesmal hat die Wiener Frühjahrsmesse den Fremdenverkehr stark belebt. Gegenüber dem Vormonat wurden im März um 5.000 Besucher mehr gezählt. Die Zahl der Übernachtungen ist um 13.752 gestiegen.

Die meisten Fremden kamen ^{auch} diesmal aus Ungarn, nämlich 595. Aus Italien kamen 508, aus der Tschechoslowakei 472, aus der Schweiz 339 und aus den USA 253 Besucher. Im Westbahn-Bunker wurden 12.642 Übernachtungen gezählt.

Zur Fleischausgabe

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Wegen der zu geringen Frischfleischlieferungen ist das Landesernährungsamt Wien nicht in der Lage, die Fleischaufträge zur Gänze zu erfüllen. Die zur Verfügung stehenden Fleischmengen sollen vorerst zur Abdeckung der Schulden verwendet werden, weshalb die Fleischhauer Abschnitte der laufenden Woche erst nach Erfüllung der Rückstände einlösen sollen. Anstalten, Spitäler und Werkküchen werden bevorzugt beliefert.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel .
 =====

Für die Woche vom 2. bis 8. Mai gelten für Wien nachstehende Verbraucherpreise:

Butter:		
Teebutter	kg	22.--
Tafelbutter	"	21.30
Haferflocken	"	2.80
Hülsenfrüchte		
Erbsen, ganz	"	1.10
Spalterbsen	"	1.20
Bohnen	"	1.50
Fleischkonserven (Meat and Gravy)	"	6.--
Kabeljau		
Rundfische	"	5.16
Filet	"	9.20
Kartoffeln	"	-.42
Kochmehl	"	1.60
Schmalz	"	14.--
Speisetöpfen		
10%	"	6.41
20%	"	6.79
30%	"	7.31
40%	"	7.75
Trockenei	"	14.--
Weizengriess	"	1.68
Zucker		
Normalkristallzucker	"	3.20
Feinkristallzucker	"	3.34
Würfelzucker	"	3.43
Staubzucker	"	3.43

Entfall der Mai-Versammlung der Landesplaner
 =====

Wegen der im Mai in Graz stattfindenden Arbeitstagung aller Landesplaner Österreichs entfällt am 2. Mai die am ersten Montag jeden Monats übliche Zusammenkunft des Arbeitskreises Wien und Niederösterreich der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Landesplaner.

Neue Verkehrsmassnahmen auf der Strassenbahn
=====

Ab Montag, den 2. Mai, treten folgende Verkehrsmassnahmen in Kraft:

Auf der Linie 167 werden die Züge zu 10 Minuten statt zu 20 und auf der Linie 132 während der starken Verkehrszeiten zu 5 statt zu 10 Minuten verkehren.

Nach Beendigung der Bauarbeiten an dem Alserbachkanal und der Gleisarbeiten auf dem Julius Tandler-Platz wird der durchgehende Verkehr auf der Linie 5 am Samstag, den 30. April, wieder aufgenommen.

Gleichzeitig wird die Linie 31/5 wieder auf der Strecke von Floridsdorf - Am Spitz zur Skodagasse geführt.

Ab Dienstag, den 3. Mai, werden auf die Dauer des Kanalbaues die Züge der Linie 10 von Hietzing nur bis zur Haltestelle Reinlgasse, Fenzlgasse, und von Ottakring nur bis Reinlgasse, Goldschlgstrasse geführt.

Verkehrsunterbrechung der Linie 13
=====

Ab Montag, den 2. Mai, wird in der Zeit von 9 bis etwa 15 Uhr der Verkehr auf der Linie 13 wegen Abtragung eines baufälligen Hauses in der Lambrechtgasse unterbrochen.

Die Züge der Linie 13 fahren einerseits von der Alser Strasse bis zum Phorusplatz, andererseits von der Südbahn bis zur Rainergasse.

Professor Bianco Bandinelli in Wien
=====

Heute trifft Prof. Bianco Bandinelli aus Siena zu einem Studienaufenthalt in Wien ein. Prof. Bandinelli war Minister für Rekonstruktion der Kunstdenkmäler in der ersten italienischen Nachkriegsregierung. Er ist einer der Hauptrepräsentanten der modernen Richtung der Kunstwissenschaften, welcher es sich zur Aufgabe macht, die Methoden der Archäologie mit denen der traditionellen Kunstgeschichte zu vereinigen. Er ist dem Wiener kunstverständigen Publikum durch sein Werk "Die Toscana" wohl bekannt, das im Wiener Schroll-Verlag im Jahre 1938 in erster Auflage und in diesem Jahr in dritter Neuauflage erschien.

Prof. Bandinelli hält Montag, den 2. Mai, um 18.30 Uhr, im Institut für Wissenschaft und Kunst, Wien 7., Museumstrasse 5, einen Vortrag über das Thema "Was bedeutet die Kunst der Antike für uns?"